

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Insertenpreise: Die 7 gefaltete Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gefaltete Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Wirths Mahnungen an die Entente.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der United Telegraph verbreitet ein Interview, das der Reichskanzler mit dem Berliner Vertreter der United-Press gehabt hat. Darin heißt es, daß Wirth klar erkennen lasse, daß sein Finanzprogramm gefährdet und der Sturz des Kabinetts drohe, wenn die Regierung in den Fragen Oberbesetzung und der Aufhebung der Sanktionen mit leeren Händen käme. Diese Lage ist dem englischen Gesandten Lord Bheron dargelegt worden. Wirth führte in dem Interview ergänzend aus, daß dies nicht eine Drohung oder ein Druck auf die Entente sei, sondern die genaue Lage, mit der die Entente rechnen muß. Der Reichskanzler erklärt, die Aufhebung der Entscheidung über Oberbesetzung und der Aufhebung der Sanktionen hemmt unsere Entwicklung sehr. Das vorzüglichste Echo, das unser Volk bei ihrem Beginn in der Welt, Frankreich eingeschlossen, fand, überzeugt uns, daß wir auf dem rechten Wege sind, um so mehr war die neue scharfe Oberbesetzungs-Note Briand's für mich ein Schlag ins Gesicht und ich frage mich, ob Frankreich wirklich wünscht, zu einer Verständigung mit uns zu gelangen. Ich muß mich fragen, ob ich es mit meinem Gewissen vereinbaren kann, im Herbst vor dem Reichstag zu erscheinen, und ihm zu sagen, ich habe Ihnen die Tatsachen vergeblich geteilt und bringe Ihnen nichts. Ich muß auf meine eigene Frage antworten, daß ich das nicht kenne. Der Reichstag würde das Finanzprogramm niemals genehmigen und ohne dieses ist das Kabinett Wirth-Kathenau lebensunfähig. Ohne weitere Anspielung auf die oberste Ansetzung zählte Wirth die durch seine Regierung bewirkten Errungenschaften auf, indem er schloß, daß dies die Bereitwilligkeit der neuen Regierung zeige. Dann fuhr er fort: „Ich übernehme die Reichskanzlerschaft nicht der bloßen Ehre dieser Stellung wegen oder etwa, damit ein bedeutungsloses Ja an das Ultimatum gesandt würde. Ich bitte die Regierung, um das Ultimatum ehrlich zu erfüllen. Unsere Aufsichtspflicht ist durch die Tat bewiesen. Wir haben die verlangten Summen lange vor den festgesetzten Daten erlegt und wir sind überzeugt, daß die erste Milliarde mit Unterstützung der Banken bis Ende August bezahlt sein wird. Wir erfüllen auch pünktlich die zweite Forderung des Ultimatum, die Entlassung. Wir entwarferten die östlichen Truppen, lösten den Selbstschutz auf und sind heute ein Volk ohne Waffen. Wir sind weiter gewillt, Frankreich auf jedem von ihm erwünschten Wege wieder aufzubauen. Es kann kein einziger Mensch schreiben. Wir wünschen ehrlich eine freundschaftliche Verständigung mit Frankreich. Das sind keine bloßen Worte, sondern unsere wirklichen Gesinnungen, da Meselwollen beide Länder schädigt und den Weltfrieden verhindert. Das ist kein eigenmächtiges Interesse, sondern das Interesse der Welt und berührt Frankreich, Amerika und jedermann in der Welt, einer Welt, die Ruhe braucht und die Möglichkeit zum Schaffen und etwas zu verschieben.“

Der Hunger in Rußland.

Moskau, 20. Juli. (D. A.) Ein amtlicher Funkpruch teilt mit, daß die Missernte in diesem Jahre in ungeheurem Umfange aufgetreten sei. Es leiden besonders die Gouvernements Cherson, die Gebiete um das Schwarze Meer, ferner Astrachan, Ufa, Saratow, Samara wie die Republiken der Taurer. Die Zahl der Hungernden beträgt rund 10 Millionen, und zwar nicht nur Arbeiter, sondern auch Bauern. Auf einen Appell der Regierung hat der allrussische Gewerkschaftsrat ein Drittel der Transportarbeiter einberufen, um die Zufuhr der Lebensmittel in die vom Hunger bedrohten Bezirke zu beschleunigen.

England zu den deutschen Kriegsverbrecher-Prozessen.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus London wird gemeldet: Der konservative Standard weist auf die Unzufriedenheit der rechtsstehenden deutschen Presse über die Leipziger Urteile hin und zieht daraus den Schluß, daß England mit dem Urteil zufrieden sein könne. Das Blatt meint, daß die Urteile als solche eine historische Bedeutung hätten. Es geht dann auf die französische Forderung ein, die Verhandlungen vor einem alliierten Gerichtshof fortzusetzen und sagt, offenbar auf Grund guter Informationen, daß die britischen Vertreter mit dem Gang der Verhandlungen zufrieden seien und die Ansicht vertreten, daß in den auf Verlangen Englands verhandelten Fällen der Gerechtigkeit Genüge geschehen sei. Die englische Regierung wird sich Briand's Forderung, die Leipziger Verhandlungen nicht anzuerkennen, nicht anschließen.

Einem Bericht des Daily Telegraph zufolge hat die britische Kommission, die aus Leipzig nach England zurückgekehrt ist, sich dahin ausgesprochen, daß die Leipziger Urteile nicht in vollem Maße befriedigen, daß sie aber kaum Veranlassung geben könnten, die noch beim Reichsgericht vorliegenden englischen Aufträge zurückzuziehen.

Reparationsgewinnler, ans Werk! Eine Verordnung über die Sachleistungen für den Wiederaufbau.

Berlin, 21. Juni. Die Bötsche Zeitung veröffentlicht einen Auszug aus der Verordnung über Sachleistungen für den Wiederaufbau. Die Verordnung geht von der Grundbestimmung aus, daß die für den Wiederaufbau erforderlichen Warenlieferungen

nach Möglichkeit auf dem Wege freier Vereinbarung aufzubringen sind. Nur soweit sie auf diesem Wege nicht beschafft werden können, sollen sie von Leistungserbringern oder von den Inhabern der einzelnen Betriebe selbst angefordert werden. Leistungserbringern sind in erster Linie die Länder, daneben auch landwirtschaftliche, gewerbliche und kaufmännische Verbände mit Genehmigung des Reichsministers für den Wiederaufbau. Die Anforderung der Leistungen erfolgt durch die Anforderungsbehörde.

Eine eingehende Würdigung der Verordnung behalten wir uns vor, wenn sie uns im Wortlaut vorliegt. Soviel aber bis jetzt von ihr bekannt geworden ist, bedeutet sie einen Sieg des freien Handels und des kapitalistischen Preisbildungsprinzips. Wo bleibt das Versprechen des angeblich sozialistisch angehauchten Herrn Rathenau, daß keine Reparationsgewinnler geächtet werden sollen? Grau, lieber Rathenau, ist deine Theorie, doch grün des Reparationsgewinners goldner Baum!

Eine Entdeckung von zweifelhaftem Wert.

Paris, 20. Juli. Chicago Tribune schreibt: Internationale Juristen seien zu dem Schluß gelangt, daß die in London festgesetzte deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Mark die Gesamtentschädigung darstelle, welche die Alliierten von sämtlichen ehemals feindlichen Ländern, nicht aber von Deutschland allein zu beanspruchen hätten. Diese Auffassung, die sich auf Artikel 231 des Versailler Vertrags. Die Entscheidung bedeute nicht, daß die Verbündeten Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen würden, sondern daß die von ihnen bezahlten Beträge Deutschland zu erlassen seien. Ueber die Heranziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei noch nichts bestimmt, es könne sich aber nur um einen geringen Teil des Gesamtbetrags handeln.

Man stelle sich vor: die Reparationsbeträge, die die total bankrotten oder gar von „Kreditationen“ des Völkerbundes lebenden Staaten Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei zahlen werden, werden uns von der Gesamtsumme von 132 Goldmillarden abgezogen werden, falls die alliierten Regierungen sich der Ansicht ihrer Juristen anschließen sollten. In Wirklichkeit werden auch die optimistischsten Ententepolitiker nicht erwarten, von diesen Staaten jemals einen roten Heller zu sehen, und wenn auch, so ist, wie wir schon oft betont haben, die Höhe der nominellen Gesamtsumme unserer Reparationsschuld praktisch ganz belanglos, von realer Bedeutung aber nur die Höhe der Jahresquoten, die für absehbare Zeit unabänderlich fixiert ist.

Zollkontrolle der Personenzüge an der Rheinzollgrenze.

Essen, 20. Juli. (D. A.) Auf Anordnung der Entente werden ab 20. Juli sämtliche aus dem besetzten Gebiet kommende und in das besetzte Gebiet fahrende Personenzüge (auch D-Züge) der Zollkontrolle unterzogen. Für Personenzüge und Eilzüge ist durchschnittlich 20 Minuten Aufenthalt, für D-Züge: 10 Minuten Aufenthalt festgesetzt worden.

Die Gleichheit vor dem Gesetz.

Eine neudeutsche Justizreform.

Der Reichsjustizminister Schiffer hatte nichts dagegen einzuwenden, daß ein Hochverräter wie der würdige Herr Traugott von Jagow gegen Hinterlegung von einer halben Million aus dem deuthationalen Verwörer- und Kampffonds aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Damit hatte Schiffer der verfassungsrechtlichen Gleichstellung aller Deutschen vor dem Strafrichter, wie er sie ausspricht, durchschlagendsten Ausdruck gegeben. Wer nicht zufällig berechtigter Teilnehmer an solchem Verwörer-Kampffonds ist und außerdem in der Wahl seiner Eltern nicht vorsichtig genug oder in der Schleier- und Auspöcker-Praxis nicht hinreichende Fertigkeit besitzt, muß die Untersuchungs-haft erbarungslos abtun.

Aber der Herr Reichsjustizminister hat doch noch einen Justizminister neben sich, der ihm über ist. Der preussische Justizminister Am Zehnhoff hat sich mit einer „Anregung“ durchgesetzt, alle Strafen bis zu einem Monat Gefängnis in Geldstrafen umzuwandeln wobei für jeden Tag 150 Mark angerechnet werden sollen. Schon wird diese Materie in einen Gesetzentwurf gekleidet. Auch diese Neuerung bedeutet in der Praxis trotz der buchstabenen Gleichheit für alle eine Bevorzugung der Besitzenden von Gefängnisstrafen. 4500 M. für einen Monat Gefängnis ist eine Bagatelle für den, der da hat, und eine unerschwingliche Summe für arme Schuldler, die ohnehin viel geringere Geldstrafen „abstehen“ müssen, weil sie selbst diese nicht aufbringen können.

Kongresshimmel in Moskau.

Moskau, 20. Juli. (D. A.) Am 16. Juli wurde der Allrussische Kongress der bevollmächtigten Zentralausschüsse der russischen Gewerkschaftsverbände eröffnet. Lenin, der am Erschließen verhindert war, sandte eine Begrüßungsbotschaft. Der englische Vertreter versprach die Hilfe der englischen Gewerkschaften zur Anbahnung geordneter Handelsbeziehungen.

Ein Bekenntnis zum Reformismus.

Daß heute, in einer Zeit, da der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in sein letztes, entscheidendes Stadium eingetreten ist, da die Probleme der Umstellung der Gesellschaft zu Tagesfragen geworden sind, das Erfurter Programm, das in einer Zeit tiefster Ohnmacht des Proletariats entstanden ist, nicht mehr zureichend ist, darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit in den verschiedenen sozialistischen Lagern. Während aber unsere Partei in der Erkenntnis, daß im Augenblick des Kampfes, wenn sonst die theoretische Fundierung der Parteibewegung nur tief genug sei, in erster Linie ein Aktionsprogramm nötig und die Zeit für ein in Einzelheiten gehendes Partei-Programm noch nicht gekommen sei, sich mit der Aufstellung eines Aktionsprogrammes ebcnigte, beauftragte die rechtssozialistische Partei auf dem Parteitag zu Kassel im Sommer vorigen Jahres den Parteivorstand, mit der Ausarbeitung eines Parteiprogramms. Über der Entwurf eines neuen Partei-programms, der von der Programm-Kommission soeben vorgelegt und für den im Herbst in Götting stattfindenden Parteitag zur Diskussion gestellt wurde, ist bestenfalls als ein Aktionsprogramm zu werten, als ein Leitfadens für die Tätigkeit der politischen Vertreter der Partei. Fragt man es so auf, als Tätigkeitsprogramm für die nächste Zeit, so läßt sich darüber nichts weiter sagen, als daß es eine in kurzen Sätzen zusammengedrückte Darstellung der tendenzhaften rechtssozialistischen Augenblickspolitik ist. Soll es aber als prinzipielles Programm einer auf dem Boden des Marxismus stehenden sozialistischen Partei angesehen werden, so legt es wohl das traurigste Armutszeugnis ab für den Geist, der heute noch in den maßgebenden Kreisen dieser Partei herrscht. Es spricht aus ihm der Geist einer gemäßigten Arbeiterpartei, die vom Marxismus grade soviel läuten gehört hat, daß sie den Kapitalismus nicht für den idealen Endzustand der menschlichen Gesellschaft hält, aber ohne daß ihr die Erkenntnis der Zwangsläufigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, der Formen, in denen sie sich abspielt — Klassenkampf und Revolution in den Umfassungspunkten von einer Gesellschaftsordnung zur anderen — und dem Wesen der nächsten Entwicklungsstufe innewohnt. Die Rechtssozialisten oder zumindest die Mitglieder der Programm-Kommission erstreben nicht den Sozialismus, die vollständige Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf revolutionärem Wege, sondern eine Gesellschaftsordnung, in der der Kapitalismus im großen und ganzen beibehalten wird, gemildert nur durch eine — sehr ansehbare — Art Sozialisierung sehr weniger Industriezweige und durch einen etwas größeren politischen und wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiterklasse — Forderungen, die sich durchwegs im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung bewegen und höchstens als ein Anfang, nicht aber als das Ziel der Umstellung der Gesellschaftsordnung zu betrachten sind.

Wie wenig angekränelt von marxistischer Erkenntnis die Verfassung des rechtssozialistischen Parteiprogramms sind, läßt schon der Satz erkennen, den sie an die Spitze der Parteiforderungen gestellt haben: „Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß das Interesse der Allgemeinheit dem des Einzelnen oder des einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen ist“ — ein Satz von so gemeinplätlicher Natur, daß er eines Beteranenvereins würdig wäre, nicht aber einer ernsthaften sozialistischen Partei, die sich dessen bewußt sein müßte, daß es in der klassengepalteten Gesellschaft — und eine solche wird auch die nach dem rechtssozialistischen Parteiprogramm zu gestaltende sein — im Grunde genommen ja keine Allgemeinheit gibt, sondern nur Klassen, (im Programmentwurf beschönigend Erwerbsgruppen genannt) mit gegenwärtigen Interessen und daß erst durch den Sieg einer Klasse, der Arbeiterklasse, die Allgemeinheit geschaffen und ihr zu ihrem Rechte verholfen werden kann. Aber weiter. Was ist nun eigentlich der Sozialismus nach rechtssozialistischer Auffassung? Darüber gibt Punkt 2 der Forderungen Aufschluß: „Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe (ein kümmerlicher Erfolg für den viel konkreteren Begriff der Vergesellschaftung) und die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes“, aber natürlich nicht jeglichen kapitalistischen Privatbesitzes. Dem steht erstens der Nachsatz, der dieser kühnen Forderung geschwind auf dem Fuße folgt, entgegen — „Insbesondere sind die Bodenschätze und die Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen“ —, zweitens aber die höchst seltsame Forderung, die in Punkt 3 aufgestellt wird: „Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts).“

Das kann nichts anderes heißen, als daß, was im Aktionsprogramm der USPD, als nächste, sofort verwirklichtbare Forderung auftritt — die Sozialisierung der Bodenschätze und Kraftquellen — hier als das Maximum der Forderungen erscheint, während die Kartelle und Trusts, die eine so hohe Stufe der Kapitalkonzentration erreicht haben, daß sie im allgemeinen ohne weiteres als sozialisierungsreif anzusehen sind, nur unter staatliche Kontrolle zu stellen sind, die, wie man aus der Erfahrung zur Genüge weiß, ihnen nicht sehr wehe tun wird, und die übrigen kapitalistischen Unternehmungen völlige Freiheit genießen sollen, Ausbeu-